

Einzelstaaten als der von Regierung vorgelegene Weg... nicht richtig, die Einzelstaaten vollständig zu überlassen, auf welchem Wege für die Steuern aufbringen...

Abg. Graf v. Rohdendorf (h. l. R.):

Gemein, es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die neuen Lasten von den Bestehenden getragen werden...

Ich will mich nur mit einer Vorlage beschäftigen und mich gegen das Erbrecht des Staates aussprechen... Ich bezeichne, daß die Verbündeten Regierungen diese Vorlage wieder eingebracht haben...

Nun sagt man: die Leute können ja ihr Testament machen... Aber viele haben die Angewohnheit, unverändert zu sterben... Andere haben einen Willen gegen Testament...

Aber auch das, was man den bestehenden Klassen auferlegen kann, hat seine Grenze, wenn man nicht die Erwerbsfähigkeit schädigen will... Wir haben schon viele Finanzreformen gehabt...

Weichsäckerfretär Kühn:

Der Redner hat sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Erbrecht des Staates ausgesprochen... Er hat den Grundgedanken ausgesprochen, daß die Vermögensgegenstände der Erblasser nicht in die Hände des Staates übergehen sollen...

Abg. Gmelin (Soz.):

Von patriotischem Eifer ist es bei den Parteimitgliedern wenig zu spüren... Ich habe den Eindruck, daß die Partei sich nicht genügend für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzt...

Weichsäckerfretär Kühn:

Radmer der Herr Präsident schon die Zeichnung des Reiches zurückgewiesen hat... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Abg. Rohdendorf (Soz.):

Finanzielle Kriegsbereitschaft ist eine Verklärung der Friedensbürgerlichen... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

harfen nationalen und christlichen Einflüsse haben... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Abg. Reiter (Centr.): In der einseitigen Betonung der Sozialpolitik... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Abg. Reiter (Centr.): In der einseitigen Betonung der Sozialpolitik... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Abg. Reiter (Centr.): In der einseitigen Betonung der Sozialpolitik... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Abg. Dr. v. Schandorff (Soz.): Wir haben uns bereits einmütig auf den Standpunkt... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet... Ich habe den Eindruck, daß die Regierung nicht genügend auf die Interessen der Arbeiterklasse achtet...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19130412019/fragment/page=0002



das Stiefkind der Schule; da fehlt es. Die Kinder müssen gesund aufwachsen, dann werden sie später die nächste Generation gesund erzühen. Die Liebe zum Landvater ist die wichtigste Pflicht der Jugend erhalten bleiben, gegenüber dem Drang nach der Stadt. Man soll das konfessionelle Moment nicht in den Vordergrund stellen, sondern die eigentliche Liebe zum Vaterland fördern. Dafür ist die Kirche und der Konfessionsunterricht da.

Hg. Geyers (Halle):

Die Voreingenommenheit der staatlichen Behörden gegen die Jugendpflege. In den politischen Kreisen hält man die von uns angeregten Bestrebungen für unpolitisch. Die Politik beruht auf dem Prinzip, etwas zu tun, um die Kinder vor den Gefahren der Straße zu bewahren. Die politische Sprache kann unmöglich ein Grund sein, um diese Bestrebungen abzuwehren. Es wird den Behörden aber nicht gelingen, die politische Jugend durch Schläfen zu germanisieren. Wir werden unser Recht gegen den „Jugenddeutschland-Bund“ zu wahren wissen.

Hg. Hirsch-Berlin (Sag):

Wir werden auch die Summe von 1/2 Millionen für die Jugendpflege noch erhöhen. Die mehr Sie Ihre Organisation fordern, desto mehr wollen auch die freien Jugendvereinigungen vorwärts. Es ist genau so, wie bei den Polen. Die Angriffe auf die proletarische Jugendbewegung sind teilweise aus Unkenntnis, teilweise aus Wohlwolligkeit entstanden. Wir erfüllen die Jugend mit Begeisterung, wir wollen, dass die Volksschule befruchtet. Die Gegner machen sich einen Popanz, und dann bezeichnen sie den Popanz so. Sie lesen unsere Schriften gar nicht, sie haben keine Ahnung. Im vorigen Jahre hat Herr Kestner einen angeleglichen Satz aus unseren Jugendblättern zitiert, der gar nicht darin liegt. Im „Reichsbund“ steht ein Artikel „Von der Jugend“. Es werden auch die Gebilde und verglichen (eine Parabel auf „Eile Kadi“ u. a.), die gar nicht an der bezeichneten Stelle stehen; der Verfasser ist ein Lehrer.

Die sozialdemokratische Jugendbewegung wird mit Verdächtigkeit und Verachtung überhört. Jede man doch durch die Wahrheit zu überzeugen. Die Jugend ist nicht so leicht zu überzeugen, sondern man muss die Wahrheit durch die eigene Erfahrung und die eigene Beobachtung zu überzeugen. Die Jugend ist nicht so leicht zu überzeugen, sondern man muss die Wahrheit durch die eigene Erfahrung und die eigene Beobachtung zu überzeugen. Die Jugend ist nicht so leicht zu überzeugen, sondern man muss die Wahrheit durch die eigene Erfahrung und die eigene Beobachtung zu überzeugen.

gegen uns Hingig machen, umso klarer ist für uns, daß wir auf dem rechten Wege sind. Der Jugenddeutschland-Bund ist ein politischer Verein mit dem Vereinszweck unpolitisch. Genau genommen ist freilich die ganze staatliche Jugendpflege politischer Natur und damit ungesetzlich. Weshalb sind da auch die zur Bewahrung der Jugend zu tun. Der Kriegsminister hat in der Budgetkommission die Zusammenhänge besprochen, dabei bestehen detaillierte Vorarbeiten. Alles das wird nur den Erfolg haben, daß wir mit einer größeren Energie für die Aufklärung der Jugend eintreten. (Bravo! b. d. Sag.)

Hg. Dr. v. Campe (Halle):

Der Hg. Hirsch unterrichtet den „Jugenddeutschland-Bund“ politische Tendenzen, weil er Liebe zum Vaterland und Treue zu Kaiser und Reich pflegt. Das verlangen wir von jedem Deutschen, welcher Richtung er auch angehört; das hat mit Politik gar nichts zu tun. (Beifall.) Dagegen enthalten die von den Sozialdemokraten herausgegebenen Literaturblätter für die Jugend der Arbeiter Lieber, die gerade revolutionäre Charakter haben. Der Arbeiter zitiert eine Reihe solcher Lieber. (Bravo! b. d. Sag.) Als nach der Reppelins-Ratetrophe ein nationaler Schöpfung durch das deutsche Volk ging, da beglückte der „Reichsbund“ das und peteten die Kumpel. Wer so handelt, hat kein Recht, sich über politische Tendenzen der Jugendbewegung zu entziehen. Die Vorwürfe des Hg. Kestner gegen den Deutschen Lehrerverein entbehren der Begründung. Ein einzelner unter 1000 kann mal einen Mitglied sein. Der Preisrichter mußte gegenüber dem etwas weichen detaillierten Bericht in der Literatur etwas mehr das Politische in den Vordergrund stellen. Wenn auch einige Entgleisungen vorgekommen sind, so ist doch im großen und ganzen die Auffassung, die von den Preisjurys vertreten wird, die richtige. (Beifall links.)

Hg. Dr. v. Wolff-Meternich (Sag):

Wie ein Schwarm von gefährlichen Insekten wird unser Volk und unsere Jugend von schlechter Literatur überflutet. Ich erinnere nur an den „Eimpfismus“ mit seinen unflätigen Inhalt. Jeder anständige Mensch sollte sich schämen, dies Blatt zu lesen. (Sehr richtig! rechts und links.) Der Staat sollte die Güte annehmen. Die sich ihm gegen solche Betreibungen bietet. Ich empfehle ihm die Unterfütterung des Porzellanvereins, der gute Maßstäbe bereitet.

Hg. Bambofe (Freikant):

stiftet ebenfalls Proben aus sozialdemokratischen Literatur. Von diesem Großschadungsgebiet wieder zum Handel der Sternelprozesse und andere Prozesse der letzten Zeit haben uns

ein schauriges Bild entrollt und uns die Notwendigkeit vor Augen gefasst, uns auch um die Jugend auf dem Lande mehr zu kümmern.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Kunst und Wissenschaft:

Hg. v. Wöhrer (Kon.):

Freuen wir uns auf diesem Gebiet keine tolle Schindigkeit und ist nicht das rückständige Land, als das man es vielfach brauchen könnte. Wir stehen jetzt vor dem schweren Schritt, einen Teil unserer Sammlungen nach Ahalie zu verlegen, weil es in Berlin ein Platz fehlt. Wir haben uns davon überzeugt, daß diese Verlegung notwendig ist, obwohl der Wunsch dieser Sammlungen durch die Verlegung nicht gerade wachsen wird. Erstlich ist, daß die Besichtigung der Sammlungen an den Sonntagen um eine halbe Stunde verlängert werden soll. Noch mehr verlängern ging nicht an mit Rücksicht auf die Zeit des Gottesdienstes. An den von der Museumverwaltung für die Abgeordneten eingesetzten Ausstellungen haben vielfach nur 6, 8 und an manchen Abenden überhaupt kein Abgeordneter teilgenommen. (Sehr, hört!) Daraus darf man nicht auf unser Publikum schließen. (Seitens Berlin.) Die Ausstellungen müssen besser geleitet werden. Das Hauptverhältnis ist nicht im Volk, nur nicht auf dem Gebiet der Kunst. Schuld daran sind vor allem die sogenannten Musikinstitute, die mit großer Nettune Leute anlocken und dann billigen und natürlich schlechten Musikanten erteilen. Die Berliner sind vielfach von Musik überhaupt nicht. Das im letzten Jahre in Berlin realisierte Wagner-Konferatorium ist ungenügend unter anderem Namen wieder errichtet, diesmal mit dem Zusatz: „Nationalkonferatorium“ (Seitens Berlin.) Hiergegen sollte die Regierung einschreiten. Eine Nationaloper oder aus dem Jahre 1894 gibt ihr das Recht dazu. Die Freiheit des Kunst ist dadurch nicht beeinträchtigt. Es handelt sich vielmehr um einen Schutz der Kunst. Der Minister sollte die Forderungen des Musikfachvereins überdenken unterstehen.

Hg. Dr. Kaufmann (Sag):

Bei der großen Entzündung, die das Museumswesen in Berlin genommen hat, ist es gar nicht möglich, daß alle Sammlungen hier in Berlin bleiben. In der Nationalgalerie gilt ja das Wort von der deutschen Kunst; deshalb könnte auch die Entzündung der ausländischen Kunst mehr berücksichtigt werden.

Hg. Dr. Kaufmann (Sag):

Bei der großen Entzündung, die das Museumswesen in Berlin genommen hat, ist es gar nicht möglich, daß alle Sammlungen hier in Berlin bleiben. In der Nationalgalerie gilt ja das Wort von der deutschen Kunst; deshalb könnte auch die Entzündung der ausländischen Kunst mehr berücksichtigt werden. Hierauf befragt das Haus die Beiratsberatung auf Sonntag, abend 10 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Resolution gegen den Militäretat, insbesondere gegen die Kosten für die Besoldung aller Militärs. In Spandau hat diese Maßregel zu einer Vereinbarung aller Militärs geführt, wonach keiner politischen Partei Solale zur Verfügung gestellt werden sollen. Generalmajor Wandel und der Kriegsminister erklären, daß hierüber bestimmte Vorarbeiten nicht bestehen und daß es sich um nichts als um eine Schumacherregel im Interesse der Disziplin handle. Es müsse den öffentlichen Beschäftigten überlassen bleiben, denn ob eine Gefahr für die Disziplin vorliege, könne der Kriegsminister nicht von der Zentrale aus beurteilen.

Ein siddisches Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei macht darauf aufmerksam, daß ein der Stabgemeinde Ulm gehöriger Saal durch die Militärbehörde konfiszieren ist, weil die siddischen Behörden dieses Lokal allen Parteien zur Verfügung gestellt haben. Es handelt sich in der ganzen Frage nicht um ein Interesse der Sozialdemokratie, sondern der Galt wie in allen anderen Fällen. Es geht um die Dauer nicht, dem Kommandeur die Bestimmung zu überlassen. In solchen werden wir für die Zeit von Verkleinerungen des Militär verboten. Der Etat fordert 65

persönliche Adjutanten für die deutschen Fürsten

und Prinzen mit einem Aufwand von 346 000 Mark auf Grund der Militärkonvention. Ein Zentrumsmitglied untersucht diese Militärkonvention im einzelnen an dem belgischen Beispiel. Bei einigen ist die Zahl der Adjutanten überschritten. Der Zentrumsredner verlangt weiter die Besetzung der Adjutantenstellen für die Prinzen mit Ausnahme des Kronprinzen als Thronfolger. Der Kriegsminister nimmt auf die historische Grundlage Bezug und hält es für unwahrscheinlich, daß die Beziehungen zwischen Fürsten und Armee aus grauer Vorzeit erhalten bleiben. Er bittet um eine große Reduktion; bis zur dritten Stellung des Etats kann überhaupt kein Gehalt erteilt werden. Die Fürsten haben in den Konventionen auf eine große Reihe von Rechten verzichtet. Aber die Kommission will sich auf eine Beschränkung bis über die dritte Stellung des Etats hinaus nicht einlassen; es müsse in diesem Jahre, wo so große Opfer gefordert werden, eine Entschärfung erzielt werden. Der Kriegsminister bittet nochmals um Spielraum, denn es handle sich um Änderungen von Staatsverträgen. Er sei jetzt bereit, in Verhandlungen einzutreten, aber eine Unterstützung der Fürsten könne doch auch die Kommission nicht wünschen.

Da nach dieser Erklärung eine Vertagung der Frage keine Veränderung der Sachlage ergeben konnte, wird beschlossen, die Frage sofort zu behandeln. Die Sozialdemokratie beantragt, auch von den zwölf Adjutanten des Kaisers sechs zu streichen. Der Kriegsminister bittet dringend, es beim bisherigen Zustand zu belassen, es würde sonst als eine Beleidigung empfunden werden, wenn hier eine Streichung vorgenommen würde. Mehrere lesen von zehn württembergischen Adjutanten für den persönlichen Dienst des Kaisers nur sieben verfügbar.

Die zwölf Stellen werden gegen die Sozialdemokratie bei Stimmabgabe der Volkspartei genehmigt. Bezüglich der persönlichen Adjutanten der Fürsten und Prinzen teilt der Kriegsminister mit, daß außer 4 Adjutantenstellen noch 14 weitere durch Konvention festgelegt seien.

Es fiene ferner im dringenden Interesse, daß der Zusammenhang zwischen den preussischen Prinzen und der Armee aufrechterhalten bleibe. Demgegenüber weist ein völksparteiliches Mitglied auf die großen Opfer hin, die von dem Volke gefordert werden; es würden eher in einer solchen Zeit auch die Fürsten Opfer bringen. In Österreich sei dieses System doch auch nicht so ausgedehnt, die Tradition allein könne nicht maßgebend sein. Auch ein national-liberales Kommissionsmitglied hält in einer Zeit, wie gegenwärtig, die Abschaffung alles dessen, was nur Dekorationen und Titel, für eine Notwendigkeit. Die Konventionen treten für die Besetzung der persönlichen Adjutanten ein. Das Zentrum beantragt eine Resolution, die den Kriegsminister auffordert, die Vorbereitungen bis zur dritten Stellung zu treffen, daß entsprechende Adjutanten

beseitigt werden. Ein Antrag der Volkspartei ersucht den Reichstag, den in Betracht kommenden Fürsten und Prinzen als die Inhabung des Reichstags zum Ausdruck zu bringen, daß angelehnt der Miltungserhöhung für das deutsche Volk ein Verzicht auf eine Anzahl von Adjutanten dringend gewünscht werden müsse. Beide Anträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Deutsches Reich.

Die Reichsvermögenssteuer im Anzuge.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß zwischen Nationalliberalen und dem Zentrum im Reichstage Verhandlungen im Gange seien, die auf die Ersetzung der von der Regierung in erster Linie zur Deckung der dauernden Kosten der Heeresvermehrung vorgeschlagenen „verbesserten“ Matrizensteuer durch eine Reichsvermögenssteuer abzielen.

Man nimmt an, daß seitens des Reichshofrates diesem Vorstoß kein grundsätzlicher Widerstand entgegenzusetzen ist.

Parteinachrichten.

Der konservativ-agrarische Kriegsschlag. Unsere Agrarier scheinen über sehr viel Geldmittel zu verfügen; ein Beweis dafür, daß es ihnen im großen und ganzen erfreulicherweise recht gut geht. Die „Breslauer Zig.“ veröffentlicht ein Rundschreiben des deutsch-konservativen Vereins für Schlesien, das im vorigen Monat verfaßt worden ist und das also lautet:

Deutschnationale Verein für die Provinz Schlesien. Bureau Breslau II, Laurentiistraße 49. Fernspr. 1743. Breslau, 8. März 1913.

Hierdurch teile ich den geehrten Parteifreunden, die zu dem konservativen Zentralfonds für die Provinz Schlesien freundlichst geneigt haben, ergebenst mit, daß die als Vorauszahlung der Zahlung angenommene Gesamtsumme von 500 000 Mark

bereits überreicht ist und bitte um Einzahlung des gezahlten Betrages bezw. Teilbetrages zu dem in Aussicht gestellten Termin an die Schließende Landständische Bank, Breslau I, Jauchergasse 22.

Ein Kassierensformular zur Einzahlung durch die Post liegt zur gefl. Benützung bei.

Der Kassenbeleg:

(gez.) Graf Hara.

Man sieht, so schreibt die „Bresl. Zit.“, daß sich unsere Junier die Aufrechterhaltung ihrer bevorstehenden Machtstellung im preussischen Landtag eine Stange Gold kosten lassen. Wenn sie doch auf den allgemeinen Interessen gegenüber so offenherzig wären!

Kleine vermischte Nachrichten.

Die vereinigten Agrarkommission des Abgeordnetenhauses lehnte die fortschrittlichen Anträge ab, 300 Millionen für die Förderung der inneren Kolonisation in ganz Preußen zu bewilligen und dafür die für die Insel des Deutschen in den gemäßigten-provinzialen Provinzen angeforderten 250 Millionen für die Anstellungskommission in Wegfall kommen zu lassen. Gegen zwei Stimmen nahm die Kommission jedoch die Regierungsvorlage an, in der 10 Millionen Mark angefordert werden für die Besetzung des Staates an gemeinnützigen Anstellungskommissionen.

Die Einziehung einer großen Anzahl von Kreisbauinspektoren stellen wir geplant. In letzter Zeit sind 12 Kreisbauinspektoren stellen aber wie sie offiziell heißt, Vorkräfte der Königl. Hofbauamt, eingesetzt worden. Die Bauverwaltung hat entweder die Stellen eingezogen lassen oder ihren Gehaltsbescheid unter der Hand der Vorstandsstellen mit einem anderen in der Nähe befindlichen Hofbauamt vereinigt. Wie verlautet, ist beabsichtigt, bis 56 betragende Hofbauämter im Laufe des nächsten Jahres einzuziehen.

Ein Katho-Denkmal. Der Vorstand des Vereins für evangel. Freiheit in Köln erklärt einen Aufruf, in dem er um Geben zur Errichtung eines würdigen Grabdenkmals für den verstorbenen Pfarrer Carl Katho bittet.

Ausland.

Montenegro und Albanien.

Im französischen Ministerium des Auswärtigen ist man zur Stunde noch im Unklaren über die Stellungnahme des Oesterreichs zu den von Rußland und Italien für Montenegro begehrten Kompensationen. Das abzutretende Gebiet zwischen dem Sturische und dem rechten Ufer des Bojanafusses gehört zu dem ergeblichsten Teil Albanien und verpricht dem künftigen Besitzer damit der ihm gleichzeitig in Aussicht gestellten bedeutenden Geldmittel große Prosperität. In der Londoner Woiwatscherentunion wird man nun bemüht sein, die österreichischen Bedenken gegen eine so bedeutende Verzögerung zu beseitigen. Erwogen wird der Vorschlag, dem Fürstentum Albanien unter sehr günstigen Bedingungen ein Anleihen zu bewilligen, damit es in kultureller Beziehung mit dem benachbarten Montenegro gleichen Schritt halten und sich überdies eine angemessene Wehrkraft sichern kann.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. April

Kälte und Schnee

wird aus allen Gegenden Deutschlands gemeldet. In Kiel ist die Temperatur auf 4 Grad unter Null gesunken. Sonst seien noch folgende Berichte verzeichnet:

Köln, 11. April. Der hier plötzlich eingetretene Witterungsumschlag erfüllt die Vögel der rheinischen Dörfchen mit längerer Sorge. Strichweiser hat der scharfe Nordwind, der heute mangeln hartes Schneegestöber verursacht, bereits den jungen Tieren böse zugelegt. In höher gelegenen Gegenden, namentlich der Eifel, ist schon viel erfroren und verdorben.

Frankfurt a. M., 11. April. In verschiedenen Gegenden Südwests und Mittelwestlands ist in der letzten Nacht und heute vormittag leichter Schneefall eingetreten. In Stuttgart lag die Temperatur auf 4 Grad C. In der Alb liegt der Schnee vielfach 10 cm hoch; die Temperatur sank auf den Gefirmpunkt.

Im Schwarzwald herrscht seit Donnerstag abend bei 1 Grad Kälte bis in die Täler hinab ein ausgedehntes Schneegestöber. Die höheren Lagen tragen eine beträchtliche Schneedecke. Auch in der Rheinlande treten so harte Stöße auf, daß vielerorts die Bäume erfroren sind und die jungen Kulturen erheblich gelitten haben.

Erschiebung der Stellen. Im Bezirk Harburg sind zuerst 7 Lehrstellen zu besetzen, darunter eine Mittelschullehrstelle in Sangerhausen, die Hauptlehrer- und Küstlerstelle in Steddaun und die 2 Lehrstellen im nahe Benndorf.

Lehrer-, Freier- und Berufsausbildungsstellen für Halle und den Saalkreis. Bei der letzten Ausschreibung hundertfünfzig Stellen wurden folgende Arbeiten prämiert. Im 3. Lehrjahre erhielten Werner Preis, Baumert 2. Preis und Bachmann 3. Preis. Im 2. Lehrjahre Müller 1. Preis, Reinhardt 2. Preis und Thiele 3. Preis. Im 1. Lehrjahre Kopf 1. Preis, Hahnborn 2. Preis und Damski 3. Preis.

Ein Männer-, Jünglings- und Jugendverein der St. Ulrichsgemeinde (Breslau-Kidder). Am Sonntag findet ein Ausflug nach Breslau statt. Bei trübem regnerischem Wetter fällt der Ausflug aus, wofür dann um 8 Uhr der übliche Versammlungsabend stattfindet.

Provincial-Nachrichten.

Wiesbaden, 11. April. (Zurück- und Spielkursus.) Auf Anordnung des Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten soll zur Ausübung und Fortbildung von Turn- und Spielturnen sowie Fortturnen in den Grenzen des Nord- und Südwestens ein Kursus in Halle und bei genügender Beteiligung auch in Rembrandt abgehalten werden. Dieser beginnt am Sonntag, den 27. April d. S., von früh 9 Uhr an und wird an fünf aufeinanderfolgenden Sonntagen (mit Ausnahme des Pfingstsonntages) fortgesetzt. Zur Teilnahme ist jeder, der Interesse an der Jugendpflege hat, berechtigt. Den Teilnehmern wird mit Ausnahme der Orchestralisten, die Hälfte des Fahrgebühres 3. Klasse und ein Teil des Fahrgeldes gewährt. Die

